

A N F R A G E

des Abgeordneten Michael Neyses (B90/Grüne)

betr.: Nitratbelastung im Saarland

Die EU hat Deutschland wegen der steigenden Nitratbelastung des Grundwassers und jahrelanger Untätigkeit bei dessen Schutz verklagt. Auf der rund 40-seitigen Anklageschrift geht die EU-Kommission mit der deutschen Umwelt- und Agrarpolitik hart ins Gericht. Seit Jahren steigt in vielen Regionen Deutschlands die Belastung des Grundwassers mit Nitrat. Als Hauptverursacher wird die Landwirtschaft ausgemacht. Dass die Bundesregierung bislang keine Gegenmaßnahmen zum Schutz des Grundwassers eingeleitet hat, sei ein klarer Verstoß gegen die seit 1991 geltende EU-Nitratrichtlinie. Auch sei zugelassen worden, dass wesentlich mehr Dünger auf die Äcker gebracht werde, als die Pflanzen überhaupt aufnehmen könnten, so ein zentraler Vorwurf der Kommission. Darüber hinaus seien die gesetzlichen Düngepausen von maximal drei Monaten viel zu kurz.

Die Bundesregierung trägt mit ihrer Richtlinienkompetenz hier eine besondere Verantwortung, doch auch die Länder haben eigene Möglichkeiten, der Belastung unserer Gewässer entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Belastung des Grundwassers im Saarland mit Nitrat?
2. Gibt es im Rahmen der Nutzung der Trinkwasservorkommen im Saarland bereits eine Belastung mit Nitrat?
3. Wurden Brunnen wegen einer Nitratbelastung stillgelegt? Falls ja, welche?
4. Welche Auswirkungen hat die von der EU-Kommission kritisierte Belastung mit Nitrat und Düngung auf die belebte Bodenzone und die Biodiversität im Saarland?
5. Mit welchen konkreten Maßnahmen schränkt das Saarland die von der EU-Kommission kritisierten Ursachen der Nitrat- und Düngemittelbelastung ein?
6. Welche landwirtschaftlich unabhängige Stelle kontrolliert mögliche Vorgaben der Landesregierung zum Schutz der Böden und der Gewässer vor einer zu hohen Belastung durch Nitrat und andere Düngemittelrückstände?

Ausgegeben: 09.11.2016